

**Gegenstand: Umgestaltung des Knotenpunktes Hafenstraße / Franz-Kirrmeier-Straße / Am Heringsee mit Querungshilfe**  
**[Vorlage: 2894/2019](#)**

Herr Nolte (Modus Consult GmbH) stellt anhand der Pläne die Umgestaltung des Knotenpunktes Hafenstraße / Franz-Kirrmeier-Straße / Am Heringsee mit Querungshilfe vor.

*Nähere Infos können aus der beigefügten Präsentation welche Bestandteil dieser Niederschrift ist entnommen werden.*

Frau Oberbürgermeisterin Seiler weist darauf hin, dass heute nur eine Beratung stattfindet. Die Beschlussfassung wird im zuständigen Bau- und Planungsausschuss erfolgen.

Herr Dr. Zapf (SPD) erkundigt sich über den Umbau der Hafenstraße und möchte wissen was hier geplant ist und wie die Gestaltung aussehen wird. Des Weiteren erkundigt er sich ob an dem Knotenpunkt eine Lichtsignalanlage vorgesehen ist.

Laut Herrn Nolte ist an dieser Stelle keine Lichtsignalanlage vorgesehen. Zur Gestaltung der Hafenstraße in Richtung Rheinpromenade verweist Herr Nolte auf den gesonderten Ausschuss. Die Umgestaltung erfolgt in Enger Absprache mit der Planung für die Hafenstraße.

Herr Czerny (B90/Grüne) meldet Bedenken an, da der Verkehr nach dem Umbau aus seiner Sicht besser fließen wird und somit ein höheres Verkehrsaufkommen stattfinden könnte. Mit dieser Entscheidung würde die Stadtverwaltung gegen eine Entscheidung des Stadtrats verstoßen. Im Stadtrat sei beschlossen worden den Radverkehr zu fördern. Dies sei Einstimmig beschlossen worden. Hier sei das Gegenteil der Fall. Herr Czerny bittet auch um Informationen wie breit ein Zweirichtungsradweg sein soll und was tatsächlich geplant ist. Des Weiteren möchte er wissen in welcher Situation laut StVO Zweirichtungsradwege zulässig bzw. erforderlich sind.

Herr Nolte weist darauf hin, dass die östlichen Grundstücke alle in Privateigentum sind und die Stadt hier keine Möglichkeit hat einen zweiten Radweg einzurichten, da die notwendigen Flächen nicht zur Verfügung stehen. Ziel ist nicht ein kompletter Neubau, sondern die Verbesserung eines bestehenden Knotenpunktes. Es soll eine sichere Querung der Straße möglich sein. Laut VwV-StVO zu § 2 beträgt die lichte Breite bei der Freigabe linker Radwege für die Gegenrichtung mind. 2,00 m.

Herr Czerny (B90/Grüne) bemängelt dass Grünfläche weggenommen wird um eine Fahrbahn einzurichten. Im Gegensatz zum Beschluss des Stadtrats zur Förderung des Radverkehrs. Wenn ein Zweirichtungsradweg eingerichtet werden soll, sollte dieser mindestens 3 Meter breit sein. Außerdem sei es problematisch bei so vielen Ausfahrten und Einmündungen einen Zweirichtungsradweg einzurichten. In den Verwaltungsvorschriften sei geregelt dass ein Zweirichtungsradweg für außerhalb von Ortschaften gedacht sei. Innerhalb von Ortschaften sollten grundsätzlich jeweils rechte Radwege angelegt werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler zeigt sich irritiert, da das Ziel des geplanten Umbaus eine Optimierung der Radwege und der Fußgängerwege ist. Es soll eine bessere Querung der Straße für Radfahrer und Fußgänger entstehen.

Herr Zander (Fachbereichsleiter FB 2) gibt an, für den Ausbau wie ihn sich Herr Czerny vorstellt keine Finanzierung vom Land zu erhalten. Die gesamte Straßenfläche müsste umgebaut und neu geplant werden. Die Fahrbahn müsste in den Bereich des aktuellen Baumbestandes gezogen werden. Dies ist nicht möglich. Die Eigentumsverhältnisse sprechen dagegen sowie die Form der Bewilligung durch das Land. Die vorhandene Regelbreite ist ausreichend für das Einrichten eines gegenläufigen Radweges. Die Intention von Herrn Czerny kann Herr Zander nachvollziehen, jedoch gibt es hier Grenzen für die Verwaltung im Rahmen der Umsetzung. Der vorgestellte Plan ist aus Sicht der Verwaltung das Optimum was aus der gegebenen Situation herausgeholt werden kann.

Herr Reif (Fachbereichsleiter FB 5) bestätigt Herrn Czerny, dass eine Grünfläche weggenommen wird. Er erinnert daran, dass die Hafestraße komplett zurückgebaut wird, wie in der letzten Bauausschusssitzung vorgestellt wurde. Es sollte als Gesamtprojekt gesehen werden. Die Hafestraße wird entsiegelt. Dort werden mehrere Grünflächen um die Baumin-seln entstehen. Bei Betrachtung des Gesamtbildes kommt es in dem Bereich zu einer größeren Entsiegelung als Entfernung von Grünflächen.

Herr Fleddermann (CDU) bittet um Auskunft ob man davon ausgehen kann, dass die Querung der Furt mit einem Fahrrad angemessen möglich ist, oder ob die Höhe des Bordsteins dort vergleichbar ist mit der Situation in der Iggelheimer Straße.

Laut Herrn Nolte ist die Höhe dort nicht vergleichbar mit der Iggelheimer Straße.

Herr Fleddermann (CDU) gibt an die Absenkung im Bereich Heringssee sieht in der Planung gut aus. Dies entspreche auch den Angaben der Maßnahmen im Radverkehrskonzept. Er möchte gerne wissen mit welchen Materialien der Radwegstreifens der in die Straße Am Heringsee geht gebaut werden soll.

Laut Herrn Nolte ist der Radweg auf der Fahrbahn mit roter Farbe auf markiert. Eine Pflasterung erfolgt erst wieder im Anschluss an den Bestand.

Herr Fleddermann (CDU) fragt an ob bei der Aufstellfläche an der Querungsfurt eine farbliche Abgrenzung vorgesehen ist. Hintergrund seiner Frage ist, dass seiner Erfahrung nach Fußgänger gedankenverloren auf den Radweg treten wenn keine deutliche Abgrenzung zwischen Rad- und Gehweg vorhanden ist. Eine farbliche Abgrenzung würde eventuelle Risiken vermeiden.

Herr Nolte gibt an, dass der Radweg bis zur Einmündung analog zum Bestand in grauer Farbe asphaltiert werden soll. Die Aufstellfläche soll mit farblichen Akzenten aus dem Material bzw. den Farben in denen die Hafestraße ausgebaut wird übernommen werden. Der westliche Bereich würde hellgrau, also Betongrau gepflastert. Herr Nolte versteht aber die Anfrage von Herrn Fleddermann und prüft ob man nicht auch hier eine räumliche Trennung in Form z.B. von einem Leitstreifen oder einer farblichen Oberflächengestaltung gestalten kann.

Herr Fleddermann (CDU) bittet darum dies nochmals im Rahmen der Verkehrssicherheit für alle Verkehrsteilnehmer zu prüfen.

Herr Dr. Moser (CDU) begrüßt die vorgestellten Pläne und die dadurch entstehende bessere Sichtbeziehung. Er würde sich allerdings eine farbliche Abgrenzung des Radwegs wünschen. Er hat bedenken, dass ein Radfahrer nicht versteht, dass die Fläche dort freigehalten werden soll. Er könne sich eine farbliche Anpassung wie bei der Bushaltestelle am Hirschgraben vorstellen. Dort sei das Problem gut gelöst.

Der Radweg hält einen 75 cm breiten Abstand zur Fahrbahn. Dies ist positiv zu sehen da so ein höheres Sicherheitsgefühl für den Radfahrer entsteht. Er möchte wissen ob dies vorgeschrieben und nötig ist, da diese 75 cm sonst auch genutzt werden könnten um den sonst sehr schmalen Fußweg breiter zu gestalten.

Laut Herrn Nolte sind diese 75 cm in den Richtlinien verankert und sollten nicht unterschritten werden. Der Gehweg kann wegen der fehlenden Fläche nicht verbreitert werden. Es können gerne nochmals Überlegungen vorgenommen werden ob eine farbliche Abhebung sinnvoll ist.

Herr Dr. Moser (CDU) würde dies genau wie den roten Radweg über die Straße Am Heringsee stark begrüßen.

Herr Brandenburger (SPD) begrüßt die Planung sehr. Der Umbau dient einem guten Zweck. Momentan ist es eine schwierige Situation am Knotenpunkt, diese wird aber durch den Ausbau verbessert. Eine gute Idee wäre es die rote Markierung auch auf den Radweg oberhalb weiter zu ziehen.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) fragt ob es geplant sei, dass die Fußgänger die Straße queren und direkt in die Einmündung der Hafenstraße laufen sollen und nicht auf einen Bürgersteig.

Herr Nolte verweist darauf dass dies nur eine Teilplanung ist und zusammen mit der Planung Hafenstraße zu sehen ist. Der Plan ist nur der Teilausschnitt, der Bereich der Hafenstraße wird ausgebaut und Fußgänger sollen nach dem Überqueren der Franz-Kirrmeier-Straße dann in den neu gestalteten Parkbereich laufen. Die Planung schließt nahtlos an die vorgestellte Planung an.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) fragt ob nicht so geplant werden kann, dass man die Straße später zu einer Tempo 30 Straße machen kann. Er hat Bedenken sollte die Straße weiterhin so bleiben wie jetzt und keine Lichtsignalanlage eingerichtet werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist auf TOP 2 zum Thema Temporeduzierung Hafenstraße. Sie erinnert an die Beschlussfassung zum Thema Erlus Bebauung mit den Themen Hafenstraße und Bürgerpark. Auch gehört es zum Thema Mobilitätskonzept der Stadt Speyer.

Laut Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) ist es zu erwarten, dass dieser Übergang stärker genutzt wird, sobald es den neuen Stadtteil gibt. Sie möchte wissen ob es denn Pläne gibt, ab wann ein Fußgängerüberweg oder eine Lichtsignalanlage benötigt wird. Sie fragt an ob es dazu schon Pläne oder Untersuchungen gibt und ob hier etwas vorbereitet werden muss.

Herr Zander teilt mit die Verwaltung schläft nicht. Es gibt für alles Richtlinien, so auch für das Anlegen von Fußgängerüberwegen und Lichtsignalanlagen. Wenn bei den Messungen Schwellenwerte erreicht wären, wäre dies gleich in die Planung mit eingeflossen. Das Ge-

genteil sei der Fall. Das Verkehrsaufkommen hat sich im Vergleich zu Zählungen von 2010 sogar reduziert.

Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) wäre eine Prognose wichtig wenn die neuen Bewohner dazu kommen. Nicht der jetzige Wert.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist erneut auf den Beschluss der Bebauung Erlusgelände. Sie bittet darum zukünftig nicht nur die Bebauung zu beschließen, sondern zukünftig auch dann schon die zukünftige Verkehrsführung und Themen wie Grünflächen zu bedenken.

Herr Czerny (B90/Grüne) betont dass er der Verwaltung nichts unterstellen wollte. Es geht ihm darum wenn eine Richtung für die Hafenstraße / Franz-Kirrmeier-Straße festgesetzt wird das man 1-2 Nächte oder 2 Wochen länger darüber schläft ob wir mit der Planung hier richtig vorgehen. Mit dem Beschluss im Bau- und Planungsausschuss werden so zu sagen Pflöcke gesetzt und man ist unflexibel. Man sollte abwarten was die Bevölkerung dort sagt und was die verschiedenen Ratsgruppen sagen um dann nochmal in die Beratung zu gehen.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler kündigt an, dass wie bereits erwähnt der Beschluss nach der Sommerpause im Bau- und Planungsausschuss gefasst wird. Ihres Wissens nach liegt ein Beschluss des Bau- und Planungsausschusses vor, laut dem eine Überquerungshilfe an dieser Stelle vorgesehen ist, eben um eine Optimierung für Fußgänger und Radfahrer zu schaffen.

Laut Herrn Reif wurde vor 5 Jahren der Beschluss zur Bebauung des Erlusgeländes gefasst, der die Querungshilfe an dieser Stelle beinhaltet. Ebenso wurde die Neugestaltung der Hafenstraße beschlossen. Jetzt wird über die Art und Weise des Ausbaus gesprochen. Der Grundsatzbeschluss besteht also seit 5 Jahren.

Herr Czerny (B90/Grüne) geht es nicht um die Querungshilfe, sondern um die Breite des Zweirichtungsweges und um die Abbiegespur in die Hafenstraße. Er verweist auf TOP 2 und dass hier versucht wird den Lärm zu reduzieren während gleichzeitig die Fahrzeuge nicht ausgebremst werden. Da die Fahrzeuge hier schneller fahren sind sie entsprechend auch lauter, was dem Ziel des Lärmschutzes entgegensteht.

Herr Zander stellt klar, dass die Verwaltung nach Recht und Gesetz arbeitet. Die Vorstellung von Herrn Czerny kann nicht durch Enteignung von Privateigentum umgesetzt werden. Der ganze östliche Bereich ist Privateigentum. Wenn ein zweiter Fahrradweg eingerichtet werden sollte müsste entweder die Enteignung erfolgen oder der Radweg auf die Straße verschoben werden, wobei alle Parkreihen und der Baumbestand entfallen würden. Es kann nicht die Zielsetzung einer strukturierten Planung sein Privateigentum zu enteignen oder einen Teilabschnitt komplett umzubauen für den es nicht einmal Fördermittel gibt. Er kann dies nicht nachvollziehen und kann dem Rat absolut nicht empfehlen so einen Beschluss zu fassen.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler wiederholt erneut das Ziel eine Optimierung für den Radverkehr und die Fußgänger zu erreichen und weist auf die Möglichkeit hin sich während der Sommerpause nochmal ein Bild vor Ort und über die Eigentumsverhältnisse zu machen.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

---

**Gegenstand: Verkehrsversuch in der Hafestraße mit Tempo 30 (22 – 6h) entsprechend den Ausführungen des Lärmaktionsplans**  
**[Vorlage: 2897/2019](#)**

Herr Rudingsdorfer (Straßenverkehrsbehörde) informiert über den aktuellen Stand der Schallschutzuntersuchungen in der Hafestraße. Es soll überprüft werden ob die Lärmrichtlinien noch greifen.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) fragt an wie das ganze technisch gemessen wird und ob dies wie in der Landauer Straße mit Sensoren gemessen wird.

Laut Herrn Rudingsdorfer soll das Ganze von einem Ingenieurbüro schalltechnisch und lärmtechnisch begleitet werden. Es wird nicht einfach nur mit einem Mikrofon aufgenommen.

Hr. Dr. Zapf (SPD) möchte wissen warum nur der Teil der Hafestraße berücksichtigt wird. Für Autofahrer kann die wechselnde Geschwindigkeit von 50 auf 30 und dann wieder 50 auf der Strecke von etwa 300 m nervig sein. Auch ist der Zusatz von 22h – 6h nicht gut. Er möchte wissen ob das nicht konsequenter möglich ist?

Laut Herrn Rudingsdorfer ist laut StVO die innerörtliche Richtgeschwindigkeit grundsätzlich 50 km/h. Alles was mit weniger als 50 km/h eingerichtet werden soll braucht eine Rechtsgrundlage. Laut Straßenverkehrsordnung wird ein zwingender Grund benötigt, zum Beispiel wenn eine Gefahr für Leib und Leben besteht, oder eben wegen dem Lärmschutz. Bei den letzten Messungen hat nur in der Nachtzeit die Rechtsgrundlage vorgelegen. Es ist davon auszugehen, dass dies die Grenzwerte bei neuen Messungen ebenfalls vorliegen werden. Darüber hinaus gibt es jedoch keine Rechtsgrundlage, weshalb die genannte zeitliche Lösung momentan das Maximum ist was gemacht werden kann. Ebenfalls ist der Zustimmungsvorbehalt der Oberen Verkehrsbehörden zu beachten.

Herr Zapf (SPD) hat Bedenken wegen der Sicherheit. Er fährt die Straße regelmäßig und stellt ein hohes Verkehrsaufkommen fest. Es ist eine gefährliche Straße und der Verkehr wird noch steigen. Im Sommer wird der Fahrradverkehr enorm sein. Wenn der Bürgerpark kommt werden viele Fußgänger die Fahrbahn queren. Ob das Argument nicht zählt?

Herr Rudingsdorfer stimmt zu, allerdings sind dies subjektive Argumente, objektiv zählen nur Unfallhäufungen. So lange keine Unfallhäufungen bzw. Unfallschwerpunkte vorliegen besteht keine Gefahrenquelle im Sinne der Straßenverkehrsordnung.

Herr Lehr (Die Linken) fragt an ob es aus Lärmschutzgründen nicht möglich ist den Bereich bis zur nächsten Kreuzung auszuweiten.

Herr Rudingsdorfer wiederholt erneut, sollte das Lärmschutzgutachten ergeben dass die Richtlinien überschritten werden, ist eine Ausweitung möglich auf die unmittelbar betroffene Strecke.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) möchte wissen wie die Überwachung der Höchstgeschwindigkeit erfolgt. In anderen Gemeinden sei es schon möglich dass diese selbst kontrollieren. Es

gibt eine Firma die Blitzer umsonst zur Verfügung stellt, die dann die Gebühren eintreiben um die Geräte abzuzahlen. Er möchte daran appellieren dass der Gedanke weiter verfolgt wird.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist auf die Ratssitzung 2018 als der Stadtrat beschlossen hat im Herbst die Verwaltung zu beauftragen zu prüfen in wie weit die Kommune die Überwachung des fließenden Verkehrs übernehmen kann. Im Herbst wird die Vorlage vorgelegt und der Stadtrat wird entscheiden ob die Stadt Speyer die Überwachung des fließenden Verkehrs übernimmt. Die Gedanken sind nicht neu. Es wird eine Grundsatzentscheidung sein. Wir brauchen Zeit zu prüfen. Das Thema habe auch bereits das ein oder andere Mal im Verkehrsausschuss zur Diskussion gestanden. Die Prüfung wurde aber schon beschlossen.

Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) möchte wissen welcher Bereich dem Lärmgutachten umschlossen ist und nachgemessen wird.

Herr Rudingsdorfer teilt mit, dass das Schalltechnische Büro für das Lärmgutachten die Daten vom Parkplatz Dom bis zur neuen Kreuzung Ziegelofenweg bekommen hat.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 3

---

**Gegenstand: LKW-Parken in der Siemensstraße und Joachim-Becher-Straße**

Herr Rudingsdorfer zeigt anhand von Bildern den alten und den aktuellen Zustand der Siemensstraße und stellt die Zahlen der Sonderüberwachung des ruhenden Verkehrs vor.

Bilder vom aktuellen Zustand der Joachim-Becher-Straße werden gezeigt und die Pläne zum Umbau vorgestellt.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler dankt Abteilungsübergreifend allen Beteiligten für den Umbau der Siemensstraße und ist zuversichtlich das ganze spiegelbildlich in der Joachim-Becher-Straße zu erreichen.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) bittet um Auskunft über die dort parkenden LKWs. Er möchte wissen ob es sich um LKWs handelt die etwas mit dem Speyerer Gewerbe zu tun haben, da beobachtet werden kann dass diese auch in Wohngebieten stehen. Ihm stellt sich die Frage ob man die Speyerer Gewerbe im Rahmen der Wirtschaftsförderung motivieren kann ausreichend Stellplätze zu schaffen, da anscheinend nicht ausreichend verfügbar sind und auf öffentlichen Raum ausgewichen werden muss.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist darauf, dass das Thema schon mehrfach im Ausschuss besprochen wurde. Auch bei dem Umbau Siemensstraße. Bereits vor dem Ausbau wurden die ansässigen Betriebe angeschrieben wie weit sie von den sich auf dem freien Gebiet aufhaltenden LKW beliefert werden. Laut Auskunft von allen ansässigen Unternehmen sind die LKWs keine Zulieferer und es liegt seitens der Stadtplanung / Stadtentwicklung die Forderung vor für den eigenen Stellplatzbedarf der LKWs zu sorgen. Speyer liegt aus Sicht der LKW Fahrer sehr günstig, direkt neben der BAB 61 und direkt an den Bundesstraßen B9 und B39. Eigentlich gibt es an den Autobahnen an den Raststätten nicht genug Stellmöglichkeiten. Die Fahrer bzw. Fahrerinnen sind am Ende der Kette. Sie müssen Ruhezeiten einhalten und schauen wo man verkehrsgünstig abfahren und nächtigen kann. Das spricht sich zwischen den LKW Fahrern auch schnell rum. Es wird nicht als kommunale Aufgabe gesehen hier Rastmöglichkeiten für LKW Fahrer anzubieten. Vor Jahren wurde in der Siemensstraße ein Versuch mit Mülltonnen gestartet. Das hat nicht funktioniert. Es ist Sache des Bundes für ausreichend Rastmöglichkeiten an den Autobahnen zu sorgen. Und es ist Aufgabe der Konsumenten hier eine Änderung herbeizuführen.

Herr Rudingsdorfer bekräftigt, dass die ansässigen Firmen alle ausreichend viele Stellplätze zur Verfügung stellen und kein Fahrer auf einen Abstellplatz im Stadtgebiet angewiesen ist. Es wird bei bekannten Stellen gehandelt.

Herr Czerny (B90/Grüne) bestätigt die Vermüllung in der Siemensstraße und begrüßt die Maßnahme in der Joachim-Becher-Straße.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 4

---

**Gegenstand: Verkehrssituation Iggelheimer Straße/Kurt-Schumacher-  
Straße/Landwehrstraße;  
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 17.02.2019  
[Vorlage: 2840/2019](#)**

Herr Dr. Moser (CDU) stellt den Antrag der CDU vom 17.02.2019 vor.

Die Kreuzung Iggelheimer Straße / Kurt-Schumacher-Straße wurde neu ausgebaut. Dies ist begrüßenswert. Es ist verständlich dass, unter Berücksichtigung der Örtliche Gegebenheiten, gesetzliche Vorgaben und der finanziellen Tatsachen, der Ausbau so erfolgt ist wie er erfolgt ist. Es sind nicht alle glücklich mit dem Ausbau. Als Radfahrer müssen sehr hohe Bordsteine überwunden werden. Was jedoch ein besonders schweres Hindernis ist, sind die Kantenradien. Sie sind so klein, dass man leicht einen Plattfuß bekommen kann. Dies soll verhindert werden. Vorgeschlagen wird den Kantenradius zu erhöhen auf deutlich über einem Zentimeter. Die DIN 32984 regelt zwar die Höhe des Bordsteins, der 6 cm hoch sein muss für die Blindenführung, jedoch ist der Kantenradius nicht vorgeschrieben. Herr Dr. Moser verweist auf die Firma Betontech, die Beton Kanten abschleifen würde und so den Radius vergrößern bzw. glätten könnte. Er bittet um Auskunft ob dies möglich ist und möchte beantragen dass dies gemacht wird.

Herr Czerny (B90/Grüne) teilt mit, dass aus seiner Sicht die Kreuzung schlecht geplant und schlecht umgesetzt. Da gibt es nichts zu beschönigen. Der Zweck des Antrags erschließt sich ihm nicht, da man nicht erkennen kann was hiermit verbessert werden soll. Selbst wenn der Radius geändert wird müsste immer noch die Bordsteinhöhe von 6 cm überwunden werden. Dies könnte man nur entspannen wenn der Bordstein großflächig abgeflacht wird. Durch einen 30 mm Radius wird hier nichts verbessert, seiner Meinung nach würde nur versucht werden dies den Bürgern als gut zu verkaufen.

Herr Benner (Tiefbauabteilung) zitiert aus der Norm Bodenindikatoren im öffentlichen Raum (DIN 32984). Laut der Norm darf die Kante nicht stark abgeschliffen werden. Voraussetzung für die taktile Wahrnehmbarkeit ist, dass die Kante nicht stark abgerundet und die Abrundung deutlich kleiner als die Bord Höhe ist. Laut Herstellerangabe beträgt der Bordradius 15 mm. Dies ist ein Viertel der Bord Höhe. Wenn wie von Herrn Dr. Moser vorgeschlagen auf 30 mm abgerundet werden soll ist dies die Hälfte der Bord Höhe. Dies widerspricht nach Herrn Benners Verständnis der DIN Norm.

Für Herrn Dr. Moser (CDU) wäre das ein deutliches Entgegenkommen für die Radfahrer.

Herr Benner wiederholt dass es seinem Empfinden nach gegen die DIN Norm verstößt, auch wenn er Verständnis für das Anliegen hat. Seiner Einschätzung nach hat der Hersteller den Radius von 15mm mit Bedacht so gewählt.

Herr Emes (CDU) fragt nach, ob nicht wie an anderen Stellen in Speyer eine Nullabsenkung für Radfahrer möglich wäre.

Laut Herrn Benner (Tiefbauabteilung) ist an der Stelle die Besonderheit, dass ein gemeinsamer Rad- und Gehweg besteht. Laut DIN muss auf einem gemeinsamen Geh- und Rad-



weg auf die Belange von Gehbehinderten und Sehbehinderten eingegangen werden. Deshalb ist der Ausbau so erfolgt. Wenn wie im Ziegelofenweg oder jetzt kommend in der Wormser Landstraße ein getrennter Rad- und Gehweg bestehen würde, wäre dies eine andere Fragestellung. In der Iggelheimer Straße ist es ein gemeinsamer Geh- und Radweg, weshalb es keine andere Möglichkeit für einen Ausbau gibt.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) gibt an, dass Herr Benner eine DIN Norm zitiere. Eine DIN Norm ist kein Gesetz. Es ist eine Vereinbarung im Technischen Bereich, der kleinste Gemeinsame Nenner, wenn Gremien zusammen sitzen. Man muss sich nicht an eine DIN Norm halten. Seines Erachtens hat es vor Gericht keinen Sinn, bzw. hat es nicht die Schwere die man immer denken würde. Es kann sein wenn es vor Gericht gehen würde weil man so viele verletzte Fahrradfahrer hat dass das Gericht sagen würde dies dominiert vor der DIN Norm. Beide haben Recht, aber es muss ein Kompromiss gefunden werden. Er ist auf der Seite von Herrn Dr. Moser, es muss eine Lösung geben die die Fahrradfahrer gut überwinden können aber gleichzeitig so sein, dass Sehbehinderter taktil die Kante erfassen kann.

Herr Dr. Zapf (SPD) möchte bestätigt haben, ob an dem gemeinsamen Übergang eine Nullabsenkung für Rollstuhlfahrer vorhanden ist.

Laut Herrn Benner ist an der Querungsstelle eine Nullabsenkung für Gehbehinderte Menschen, daneben 6 cm Bord für Sehbehinderte Menschen. Radfahrer können selbstverständlich auch die Absenkung für die Rollstuhlfahrer benutzen.

Herr Dr. Moser (CDU) betont es geht ihm nicht darum wenn ein einzelner Radfahrer an der Kreuzung ist und genug Platz ist. Es geht ihm z.B. um die Morgenstunden wenn Schulkinder unterwegs sind. Dann wäre der Überweg überlastet. Dieser sollte Leistungsfähiger sein. Des Weiteren findet er es sehr problematisch von einer persönlichen Meinung, also der Einschätzung von Herrn Benner, abhängig zu sein.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler weist darauf hin, dass ein Antrag gestellt wurde und der Mitarbeiter der Zuständigen Fachabteilung hier seinen Input gegeben hat. Frau Seiler hat bereits darauf hingewiesen, dass es dem Ausschuss frei steht dass der Antrag in die Abstimmung kommt. Dann wird es ein umfangreiches Prüfergebnis geben. Es ist legitim seitens der fachlichen Mitarbeiter nochmal Input zu geben.

Herr Dr. Moser (CDU) bemängelt für ihn habe es sich angehört als brauche gar nicht darüber abgestimmt zu werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler merkt an, dass es ihr als Sitzungsleitung obliegt, dass wie bereits angekündigt über den Antrag abgestimmt wird.

Laut Herrn Brandenburger (SPD) ist der Antrag eindeutig genug, es geht um eine Prüfung und er versteht die Einlassung von Herrn Dr. Moser nicht.

Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) findet die Diskussion interessant und ist gespannt was sich bei der Prüfung noch für andere Möglichkeiten auftun, wenn der Vorschlag der DIN Norm widerspricht.

Herr Czerny (B90/Grüne) fragt ob der Antrag lautet dass die Änderung der Radien von 10 auf 30 mm zu prüfen ist.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler stellt klar dass laut Antrag geprüft werden soll wie sich die Bordsteine an der Kreuzung Iggelheimer-Straße / Kurt-Schumacher-Straße / Landwehrstraße für Fahrradfahrer leichter überwindbar gestalten lassen. Es wird nicht die Begründung des Antrags beschlossen. Sie zeigt sich irritiert, da die genannte Absenkung der Radien nur eine Möglichkeit ist, die in Betracht gezogen werden sollte. Daneben kann es noch andere Möglichkeiten geben die Überquerung zu erleichtern.

Herr Czerny (B90/Grüne) vergewissert sich erneut, ob auch andere Möglichkeiten geprüft werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist erneut auf den Antragstext.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) findet den Antrag bzw. die Prüfung gut. Aber nicht nur für diese Kreuzung, sondern allgemein. Es sollte größer geprüft werden ob allgemein ein Kompromiss gefunden werden kann der den Bedürfnissen der Sehbehinderten und den Radfahrern gerecht wird. Es sollte eine allgemeine Lösung für Speyer gefunden werden.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler wirft ein, dass sich ja gegebenenfalls aus dem Prüfungsergebnis für diesen Kreuzungsbereich etwas Aufschlussreifes für andere Kreuzungsbereiche ergibt. Sie schlägt vor dem Antrag zu folgen und explizit diesen Kreuzungsbereich zu nehmen da er versucht auf geringstem Raum alles zu vereinbaren. Der Antragstext wird erneut verlesen.

### **Beschluss:**

Die Teilnehmer des Verkehrsausschusses beschließen einstimmig (bei einer Enthaltung von Herrn Lehr, Die Linken) zu prüfen wie sich die Bordsteine an der Kreuzung Iggelheimer-Straße / Kurt-Schumacher-Straße / Landwehrstraße für Fahrradfahrer leichter überwindbar gestalten lassen.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

---

**Gegenstand: Gesamtheitliches Verkehrskonzept 2025**  
**[Vorlage: 2896/2019](#)**

Frau Oberbürgermeisterin Seiler stellt ein gesamtheitliches Verkehrskonzept anhand eines Schaubildes vor. Es geht um die Entwicklung eines gemeinsamen Verkehrsleitbildes im Herbst. Die Öffentlichkeit soll hierbei beteiligt werden. Der bestehende Verkehrsentwicklungsplan von 2010 wurde leider nie in Gänze in einem Beschluss gefasst.

Herr Lorenz (Verkehrsplanung) stellt das Projekt unter dem Namen gesamtheitliches Verkehrskonzept 2025 vor, da es bereits verschiedene Konzepte nebeneinander gibt die jetzt zusammen geführt werden sollen. Da es schwer ist diese zusammen zu führen muss von vorne begonnen werden, da alles ineinander greift. So müssen z.B. Straßen ausgebaut werden um leistungsfähig für den geplanten ÖPNV Ausbau zu sein. So hat alles was getan wird Auswirkungen auf die anderen Verkehrsarten. So muss ein Konsens gefunden werden. Zum Beispiel im Bereich Postplatz gibt es viele verschiedene Begehrlichkeiten die aufeinander treffen und so gemeinsam beschlossen werden müssen. Der vorgestellte Plan soll darstellen, dass die Verkehrsarten miteinander verknüpft sind.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler kündigt eine öffentliche Klausur an, da die Masse an Themen einen Ausschuss sprengen würden. Wie das Projekt dann gemeinsam genannt werden soll wird noch erarbeitet. Wichtig ist, dass im Herbst mit dem Projekt gestartet wird und zunächst einmal ein Überblick über den Status Quo geliefert wird. Das Ganze soll öffentlich mit interessierten Bürgerinnen und Bürgern stattfinden. 2020 sollen in den verschiedenen Stadtteilen so genannte Workshops stattfinden zum Thema Verkehr um das Leitbild zu entwickeln.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler teilt mit, dass mutige Entscheidungen vom Stadtrat getroffen werden müssen, die hoffentlich durch die Beteiligung der Bürger von diesen mitgetragen werden.

Herr Czerny (B90/Grüne) hat ein Problem damit das Projekt Verkehrskonzept zu nennen. Es gibt inzwischen so viele Konzepte. Die öffentliche Klausur findet er in Ordnung. Er warnt davor wenn es heißt Verkehrskonzept 2025 dann nochmal 7 Jahre zu warten und dann erst in die Umsetzung zu gehen. Es sollte punktuell direkt angefangen werden. Es gibt ja genug Punkte zum Ansetzen wie der genannte Postplatz, Schützenstraße, die Johannesstraße, die Lärmschwerpunkte. Es gibt eine Menge zu tun. Da sollte an konkreten Lösungen gearbeitet werden. Bei dem gezeigten Schaubild werden 5 Hauptpunkte genannt. Darunter sind 3 Hauptpunkte die sich mit dem motorisierten Individualverkehr befassen. Der vierte Punkt gegen Ende hin wird über den ÖPNV und Schienenverkehr gesprochen und ganz am Ende über Fuß- und Radverkehr. Es wurde Einstimmig beschlossen mehr für den Radverkehr zu tun. Dieses Bild kommt dem Beschluss überhaupt nicht entgegen.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler verweist auf den Hauptpunkt in der Mitte, die Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV). Alles andere ist von der Reihenfolge nicht wertend, nur weil etwas oben oder unten steht. Es ist der erste Anlauf zu sehen wo wir überhaupt hin wollen. Es widerspricht in keinster Weise dem Ratsbeschluss. Alles führt zu dem Verkehrsleitbild, der Reduzierung des motorisierten Individualverkehrs (MIV).

Der Titel gesamtheitliches Verkehrskonzept 2025 ist nur der Arbeitstitel. Wem in der Sommerpause ein geschmeidiger Titel einfällt oder eine pfiffige Idee weg vom Thema Konzept hat, kann dies gerne vorschlagen. Es wird keinen Stillstand geben. Selbstverständlich laufen Arbeiten weiter. Es sei auch nicht das Ziel im nächsten Jahr das Leitbild erarbeitet zu haben und die Konzepte zusammen zu fügen. Es wird keinen Stillstand geben aufgrund des Arbeitstitels 2025.

Herr Czerny (B90/Grüne) würde sich als Ziel eher die Stärkung und die Förderung von Fußgängerkehr, Radverkehr und ÖPNV wünschen, anstatt die Reduzierung des MIV. Wenn die Leute sehen ÖPNV, Fußgängerkehr und Radverkehr werden gestärkt, dann würde automatisch der MIV reduziert. Dies möchte er nur anmerken.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler stellt in Frage ob jetzt über Semantik diskutiert werden sollte. Für sie stellt es ein großes Zeichen dar zu sagen wir wollen den MIV reduzieren. Natürlich werden dadurch die Radfahrer, Fußgänger und der ÖPNV gestärkt. Wir wollen das Auto in der Stadt soweit es angebracht und vertretbar ist und auch mitgetragen wird zurückdrängen.

Herr Dr. Lorenz (B90/Grüne) verweist auf das alte noch gültige Verkehrskonzept und bemängelt die Umsetzung. Es müsste nach und nach umgesetzt werden und Pflöcke eingeschlagen werden. Ein Konzept ist schnell geschrieben. Wenn es wirklich gewollt ist müssten so zusagen Pflöcke eingeschlagen werden. So vermisst er zum Beispiel auf dem Plan den Haltepunkt Süd. Es muss ein Umdenken stattfinden wenn der Radverkehr wirklich gestärkt werden soll.

Herr Neugebauer (SWG) begrüßt das vorgestellte Konzept und findet es richtig dass früh gesagt wird in welche Richtung es gehen soll. Er würde sich wünschen die Vorlagen so vorzubereiten, dass eine optimale Entscheidung getroffen werden kann. Es sollte ersichtlich sein, was für Auswirkungen die Entscheidung auf andere Bereiche hat, da sonst die Entscheidungsgrundlage fehlt. Die Folgen der Entscheidung sollten übersichtlich aufgelistet werden, zum Beispiel die Kosten und welche negativen Auswirkungen dies auf andere Verkehrsteilnehmer hat. Erst dann kann eine Entscheidung getroffen werden ob die Planung gut ist für Speyer oder nicht.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler kündigt an das Konzept ähnlich aufzubauen wie die Synopse im VEP 2010. Dort waren weitreichende Grundlagen enthalten, oft hat es nur an mutigen Entscheidungen gefehlt wie zum Beispiel beim Domvorplatz, Große Himmelsgasse, Gilgenstraße oder Bahnhofstraße. Es wird versucht die neue Mobilitätsleitlinie verständlich aufzubereiten und zu strukturieren.

Herr Dr. Zapf (SPD) kann die Einlassungen von Herrn Czerny und Herrn Dr. Lorenz nicht nachvollziehen. Das Problem ist nicht dass wir zu wenig Radverkehr haben, sondern dass Hauptproblem ist der MIV der vermindert werden muss. Die weiteren Themen sieht er als gleichrangig an, egal wo diese auf dem Papier stehen. Es ist ein Versuch ein ganzheitliches Konzept zu finden um das Problem anzugehen und zu lösen. Es könnte seiner Meinung nach noch ergänzt werden „Bei gleichbleibender Mobilität“. Die einzelnen Punkte müssen nun mit Leben gefüllt werden, es müssen die Maßnahmen gefunden und umgesetzt werden. Es muss ein gemeinsames Ziel geben und alle erforderlichen Mittel. Irgendwann ist dann dieses Ziel erreicht.

Herr Lehr (Die Linken) vertritt auch die Autofahrer. Es müssen auch Leute unterstützt werden die beruflich auf das Auto angewiesen sind und keine Möglichkeiten haben mit dem ÖPNV zur Arbeit zu fahren und abends wieder nach Hause. Diesen Leuten muss entgegen gekommen werden. Es ist keine gute Situation, aber eine Situation die gemeinsam gelöst werden muss. Es müssen Alternativen angeboten werden.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6

---

**Gegenstand: Verschiedenes**

Protokollierung siehe TOP 6.1;

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 6.1

---

**Gegenstand: Fehlerhafte Routenberechnung von Navigationssystemen im Stadtgebiet; Nachfrage von Ratsmitglied Dr. Mang-Schäfer (SWG) per E-Mail**

Frau Körner (Klimaschutzmanagement) informiert über die neue Image-Kampagne von VRNnextbike die im Frühjahr starten soll. Hierzu werden in nächster Zeit für die verschiedenen Städte individualisierte Postkarten verteilt und Plakate an den öffentlichen Plakatierungsstellen angebracht.

Herr Zander informiert über den Stand Normand Gelände. Um das exorbitante Parkverhalten an der Reithalle zu verhindern sollen Absperrmaßnahmen erfolgen.

Herr Zander informiert über die Abstimmung zwischen den Abteilungen und dem gemeinsamen Ortstermin bei dem auch mit Bürgern gesprochen wurde. Zur Lösung des Problems werden ab der zweiten Mai Woche Absperrmaßnahmen ergriffen. Die Diakonie wird über die Maßnahme informiert.

Herr Czerny (B90/Grüne) bemängelt, das im Bau- und Planungsausschuss über die Verlängerung der Abbiegespur in der Landwehrstraße zwar gesprochen, aber kein Beschluss gefasst wurde. Nichts desto trotz wurde dies jetzt umgesetzt. Für den MIV wird relativ schnell etwas umgesetzt und er hat den Eindruck der Radverkehr hat immer wieder das Nachsehen.

Herr Reif bestätigt, dass die Maßnahme im letzten Bau- und Planungsausschuss vorgestellt wurde. Dies war nur eine Information. Da es eine Landesstraße ist und die Maßnahme dort finanziert wird. Wenn es um Radwege geht muss die Stadt einen Teil mitfinanzieren. Da die Maßnahme in der Landwehrstraße über das Land abgewickelt wird muss hier kein Beschluss eingeholt werden. Die Erweiterung war auch im VEP als Maßnahme aufgeführt.

Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) informiert über eine Anfrage die an sie herangetragen wurde. Sie wurde gefragt ob der Parksuchverkehr in Wohngebieten eingeschränkt werden kann. Einige Bürger haben das Gefühl durch Navigationsgeräte wagen sich Ortsunkundige in sehr enge Gassen vor weil es so vom Navigationsgerät vorgeschlagen wird. Als Beispiel nennt sie den Feuerbachpark. Dort kommt es regelmäßig zu Problemen weil größere KFZ wie Busse immer wieder an Autos, oder an den Platanen hängen bleiben, wenn diese nicht frisch zurückgeschnitten sind. Sie fragt ob es Bestrebungen gibt die Navigationssysteme zu beeinflussen. In Heidelberg würde dies gemacht. Es ist nicht technisch unmöglich. Sie möchte von der Stadtverwaltung wissen was von dieser zu diesem Problem angedacht ist. Laut Herrn Rudingsdorfer ist die Thematik neu und bisher nicht bekannt, dass es zu Problemen kommt. Aus der Bürgerschaft sind keine Beschwerden dahingehend bekannt. Im Feuerbachpark kann es im Moment auch zu Problemen kommen da die Diakonissen einen neuen Kindergarten / Hort und das Parkhaus gebaut wird, weshalb in dem Gebiet momentan starker Baustellenverkehr herrscht. Im innerstädtischen Bereich wird momentan daran gearbeitet dass der Parksuchverkehr durch das Parkleitsystem gelenkt werden und schnellstmöglich auf freie Parkplätze geleitet wird. Tipps wie man das Navigationssystem beeinflussen kann werden gerne entgegen genommen.

Laut Frau Dr. Mang-Schäfer (SWG) funktioniert dies mit dem Schild Zufahrt verboten (250 StVO) – Anlieger frei.

Frau Oberbürgermeisterin Seiler bedankt sich bei allen Anwesenden für die konstruktive Zusammenarbeit und schließt um 18:03 Uhr die Sitzung.

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) der Stadt Speyer am  
10.04.2019

11. Sitzung des Verkehrsausschusses (Terminverschiebung) 10.04.2019 **Stefanie  
Seiler**

**Hinweis:** Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das  
Gesamtdokument!